

Berlin.
Sonntag, 9. Mai.

National-Zeitung.

Abonnement I. Berlin: viertel. L. 20. 2/3, für ganz Preußen 2. 2/3, für das übrige Deutschland 2. 2/3.

Beleghe nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an; Berlin: Exped. No. 61. Inzerat: die Zeitzeile 2/3.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: vom Notenwechsel in dem deutsch-dänischen Streit. Frankfurt a. M.: Baron v. Bülow. Kiel: die dänische Ministerkrise und die Verhältnisse. Braunschweig: die Reise des Prinzen Napoleon nach Berlin; Tagesbericht. Großbritannien: London: Eröffnung des Parlaments; Thronrede; die Victoria-Statue in Gales; die Einnahme Mohammeds; neue Substantivbildung; die Biergesetzgebung. Dänemark: Kopenhagen: die Ministerkrise; skandinavischer Bismarckianismus. Wien: Depesche des General Ogram. Berliner Nachrichten.

Deutschland.

Berlin, 9. Mai. Der Notenwechsel zwischen der preussischen und österreichischen Regierung, welcher der letzten am 28. März an das dänische Kabinett gerichteten Anforderung voranging, wird jetzt im „Nord“ dem Publikum mitgeteilt. Im Wesentlichen ist der Inhalt bereits bekannt. Graf Buol überreichte am 18. März eine Depesche nach Berlin, in welcher er sagt, er theile den Wunsch des preussischen Kabinetts, daß die Regierungen Oesterreichs und Preussens fortwährend in der Beziehung der Freundschaft und der gegenseitigen Achtung stehen mögen, die Verhältnisse der Herzogthümer Schleswig und Lauenburg in übereinstimmender Weise zu betrachten; er habe sich daher Herrn v. Bülow gegenüber zur Erklärung über die von denselben in Wien überreichten Aktenstücke enthalten, bis zu dem Augenblicke, wo er von dem leitenden des Berliner Hofes über die neue dänische Eröffnung in Kenntniß gesetzt worden sei. Graf Buol geht nun kurz auf die in der bekannten dänischen Denkschrift enthaltenen Forderungen ein; dieselben kommen, wie er sagt, im Wesentlichen auf den Satz hinaus, daß die Gesamtverfassung in ebenso legitimer Weise habe geändert werden können, indem man auf gleichem Wege die Particularverfassungen der verschiedenen Gebiete modifizirte, als man man den Vertretungen dieser einzelnen Gebiete selbst das Grundgesetz für den Gesamtstaat vorgelegt hätte. Hiergegen stimmt der österreichische Minister mit der preussischen Denkschrift in der Ansicht überein, daß man diejenigen Bestimmungen der Gesamtverfassung, welche die Provinzialverfassungen modifizirten, den Vertretungen dieser Gebiete selbst zur Zustimmung vorlegen müsse. Das dänische Kabinett scheint weniger die Ansicht gehabt zu haben, sein Verfahren in allen Punkten zu rechtfertigen, als vielmehr zu zeigen, daß es bereit zu weit gegangen sei, und nicht nur einem andern Weg einzuschlagen, welchen es vielleicht selbst als den billigen anerkenne. Graf Buol kann sich der Ansicht des preussischen Kabinetts nur anschließen, daß die Verantwortlichkeit der beiden Räte gegenüber dem deutschen Bund nicht gedeckt sein würde, wenn sie der Frage einfach ihren Lauf innerhalb der dänischen Monarchie lassen wollten. Die dänischen schwebenden Stimmen und Gemüthsarten werden geben sowohl die Gründe, daß eine solche Lösung die Wünsche beider Parteien würde, welche auf die Wiederherstellung der unbestreitbaren Rechte deutscher Bundesländer gerichtet sind, als die andrerseits dem Könige von Dänemark die seiner Würde entsprechende Rücksicht gegen die vornehmlichen Absichten Italiens hind zu geben. Es bleibe jedoch noch ein Ausweg, welcher Oesterreich und Preußen ein günstiges Ergebnis verspreche, ohne die Angelegenheit vor den Bund zu bringen. Nachdem das dänische Kabinett sich überzeugt, daß seine Forderungen den beiden deutschen Höfen nicht genügt hätten, werde es sich vielleicht entschließen, in möglichst kurzer Frist eine außerordentliche Versammlung der Stände Schleswigs und Lauenburgs zu berufen und diese in den Stand zu setzen, in der Form, welche der Regierung am angemessensten erschienen werde, sich über die Verhältnisse auszusprechen. Durch einen solchen Schritt würde die dänische Regierung einem Bundesbeschlusse vorwiegend und zugleich aufs Neue den regelmäßigen Weg für die künftigen Verhandlungen eröffnen, den Weg, auf welchem nach Artikel 53 und 56 der Wiener Schlussakte alle Streitigkeiten bezüglich der inneren Organisation an die Entscheidung des Bundes zu bringen sind. — In Folge dessen fragt Graf Buol schließlich an, ob das preussische Kabinett es nicht für angemessen halte, das dänische Kabinett auf die Neue zu dem betreffenden Schritte aufzufordern. Sollte die Antwort abweichend aus, so würden alle Mittel einer gütlichen Ausgleitung, um die Intervention des Bundes zu vermeiden, erschöpft sein und in diesem Falle würden sich dann die beiden deutschen Kabinette wegen einer gemeinsamen Vorlage an den Bund zu verhandeln haben.

Die preussische Antwort ist vom 25. März datirt. Die preussische Regierung erwidert auf den überlieferten Depesche, daß das Wiener Kabinett noch die Hoffnung schließt, ohne Intervention des Bundes ein günstiges Ergebnis in Kopenhagen zu erzielen, und ein Einlenken bereits in der Depesche des Ministers von Scheele vom 23. Februar angedeutet findet. Nachdem der Inhalt des österreichischen Vorschlags referirt worden, heißt es weiter: Niemand kann leibhaftig als wir wünschen, daß auch eine gütliche Verhandlung mit Dänemark die Lösung der Tagesgenheit an den Bund unnötig werden möge. Um uns das Zeugnis geben zu können, daß wir kein Mittel verkannt haben, um zu diesem Ziele zu gelangen, sehen wir nicht an, uns dem Beschlusse der kaiserlichen Hofes anzuschließen. — Was die gestaute Form betrifft, in welcher die dänische Regierung aufzufordern würde, bis in diese Stunde die Forderung zu geben, so glauben wir, daß die kabinettäre in jeder Beziehung die sein, daß die Kabinette von Wien und Berlin sich begnügen, sich in diesem Sinne gegen die bei ihnen befragten Vertreter der künftigen diplomatischen Anstalten und durch die Eröffnung zu äußern, die ihnen Mächte hätten in der Hoffnung, daß die dänische Regierung auf dem bezeichneten Wege das beste Resultat erzielen werde, beistimmen, noch einige Zeit auf die Antwort zu warten, bevor eventuell ein Schritt beim Bundestage erfolge. Diese Frist könnte möglicher Weise auf einige vier Wochen, von dem Tage an gerechnet, wo diese Antwort gemacht würde, festgesetzt werden. Diese Eröffnung wurde zugleich ausdrücklich als das Ergebnis eines Uebereinkommens bezeichnet, von Berlin und Wien gemeinschaftlich überreicht worden, und die Herren Oesterreichs angeordnet, dies zur Kenntniß ihres Hofes zu bringen. Wenn die Kabinette von Berlin und Wien zu verhandeln wollten, dem kabinettären Kabinette eine neue schriftliche Mitteilung zu machen, so werden sie sich vielleicht der Unannehmlichkeit aussetzen, auf diesem formellen Wege zum dritten Male eine verbindende Antwort zu erhalten. Ein solcher Schritt würde ferner einen weit längeren Bezug nach sich ziehen. Wir werden uns der Gefahr aussetzen, daß von Neuen die Antwort lauge auf sich warten liege, oder wir würden gleichwohl sein, die dänische Regierung eine Frist zu stellen, ein Verfahren, das in solchen Fällen einen ungleich verächtlicheren Charakter hätte. Endlich würde es, wenn diese Eröffnung schriftlich gemacht werden sollte, unmöglich sein, eine auf die ausdrücklich erwähnten Gründe der beiden dänischen Vertretungen eingehende Diskussion zu vermeiden, und dieses würde nur dann führen, schon öfters zu wiederholen und Streitigkeiten zu ver-

anlassen, die durchaus zu vermeiden sind, wenn man zu einem Einvernehmen gelangen will. Wenn hingegen Preußen und Oesterreich sich begnügen, zu erklären, sie wollen noch einige Zeit auf demselben Wege warten, so lassen sie der dänischen Regierung einerseits eine weit größere Freiheit, sich zu entscheiden, und andererseits behalten sie sich die Gelegenheit vor, weitere Schritte zu thun, falls die geforderte Frist ohne Erfolg abgelaufen wäre.

Schließlich erwidert Herr v. Rantess auf den preussischen Gesandten in Wien, an den die Note gerichtet ist, ihn im Falle der Zustimmung des Grafen Buol einfach durch den Telegraphen davon zu benachrichtigen. Hierdurch würde es möglich, daß schon am 28. März gleichzeitig in Berlin und Wien die betreffenden Aufforderungen an die dänischen Gesandten gerichtet werden konnte.

Frankfurt a. M., 8. Mai. Der Bundestagsgesandte für Holsheim und Ravensburg, Baron v. v. Bälwe, ist gestern hierher zurückgekehrt. (Post.)

Kiel, 8. Mai. Vor einigen Tagen war hier das Gerücht sehr verbreitet, daß von dänischer Seite an das Angebot des holländischen Ministeriums sehr bedeutende Zugeständnisse, selbst eine Theilung Schleswigs und Verbindung des südlichen Theils mit Holstein befaßt, geknüpft seien. Daß dies Gerücht, welches Ihnen auch durch eine Korrespondenz aus Holstein mitgeteilt ist, ein irriges war, haben Sie schon aus meinem letzten Berichte gesehen. Immerhin ist es aber charakteristisch, und darauf wollte ich Sie aufmerksam machen, für die in der öffentlichen Meinung vorherrschende Stimmung, daß man selbst so friedlichseligen und so wenig in einer prononciert extremen Richtung gehenden Persönlichkeiten wie Preußler, Schack-Meßen und Kevonow-Parde die Ablehnung solcher Bedingungen hat zutragen können.

Als während des Krieges von englischer Seite ein Vermittlungsvorschlag gemacht war, dessen Basis die Theilung Schleswigs nach Nationalitäten bildete, da erhob sich die allgemeine Stimme mit solcher Entschiedenheit gegen jedes derartige Vorgehen, daß der Vorschlag, so vortheilhaft er auch bei der damaligen Sachlage sich ersehen, kaum ernstlich in Erwägung kam. Was wollte eben nicht dauernd etwas aufgeben, um einen augenblicklichen Gewinn zu erzielen. Und ebenso entschieden wie damals ist noch jetzt die Richtung der öffentlichen Meinung. Wir haben auch gar keinen Grund, die Sachlage jetzt für ungünstiger anzusehen als damals, und zu Konzeptionen geneigter zu sein. Die Verhandlungen, mit denen das dänische Regiment Schleswigs heimlich, haben nur dazu gedient, den Haß gegen die Dänen zu verüben, und die Ueberzeugung, daß in Gemeinschaft mit denselben sich nicht leben lasse, zu verbreiten und zu verstärken. Die Ueberzeugung des Landes mit dänischen Beamten, dänischen Beamten und dänischen Schullehrern hat nur dazu gedient, der Begriffschätzung, deren sich unsere Landesleute gegen die dänische Nationalität nun einmal nicht erwehren können, eine bestimmte thatsächliche Grundlage zu geben. Die Veränderung und Unterdrückung der wissenschaftlich gebildeten deutschen Elemente hat nur bewirkt, daß die politischen Ueberzeugungen in den mittleren, der Führer beraubten Klassen zu einer seltenen Härte und Bewusstheit geblieben sind, wovon noch die letzte schleswiger Ständeverammlung einen glänzenden Beweis lieferte. Während die verschiedenen auf einander folgenden Ministerien, in dieser Richtung „nützlich einwirkten, alle Mittel erschöpfte zu haben glauben, um die dänische Sprache nach Süden zu verbreiten und die deutsche Vernichtung zu ermöglichen, zeigt sich in Wahrheit ein entschiedenes Vortreiben der Sprache und Bevölkerung, eine Ausbreitung derselben auch über die früher unerschlossenen oder entschieden dänischen Distrikte des Herzogthums. So unerträglich daher die gegenwärtigen Verhältnisse sind, so schwer auch augenblicklich Kothpeitz und Kleinlichkeit im Bunde namentlich in den Schleswigern lasten: das muß eben geändert werden; lange wird es ohnehin nicht so fortgehen können. Dafür sorgeit die Germanisirung rasch und sicher vorwärts; während das Angebot des dänischen Theils auf einen Stillstand führen und die politische Grenze leicht auch zu einer nationalen Scheidelinie werden könnte.

Frankreich.

Paris, 7. Mai. Prinz Napoleon hat diesen Morgen um 9 Uhr Paris verlassen und trifft vermuthlich noch bevor Sie diese Zeilen erhalten, in Berlin ein. Die Begleitung des Prinzen besteht aus dem General Salles, dem Obristleutnant Bertrand, dem Major Ferey-Bisani und dem Kapitän v. Waldner, sämtlich Offiziere, welche unter dem Befehl des Prinzen den Krimkrieg mitgemacht haben. Der „Moniteur“ wird, wie ich über, morgen diese Abreise melden. Der offizielle Zweck besteht darin, den vorjährigen Besuch des Prinzen Friedrich Wilhelm in Paris zu erwidern. Allein daneben handelt es sich, wie man hier wissen will, um vertrauliche Eröffnungen in Beziehung auf die italienische Frage. Katholik wird unter italienischer Flagge in diesem Falle zunächst der sardinisch-österreichische Konflikt sein. Vielleicht bin ich bald im Stande, Ihnen Näheres hierüber mitzutheilen, da die Antwort Preussens noch immer auf sich warten läßt; man hofft, daß die Konferenz nächsten Sonntagabend mit Sitzung halten können, inwiefern jedoch, daß die Sitzung bereits die letzte sein werde. — In den allseitigen Höfen werden vielfache Vorbereitungen für den bevorstehenden Besuch des Großfürsten Konstantin getroffen. Die kaiserliche Dampfregate „Reine Hortense“ hat Cherbourg verlassen, um nach Bordeaux zu segeln, wo sie den Großfürsten beauftragt seiner Kaiserreise an Bord nehmen wird. — Der heutige „Moniteur“ enthält die offizielle Anzeige, daß Baron Gros als außerordentlicher Kommissar nach China geht, im gemeinschaftlich mit Lord Algin Unterhandlungen anzustellen, deren Erfolg ohne Zweifel der Civilisation und dem Handel aller Nationen ein neues Feld eröffnen würde.

Paris, 7. Mai. Baron Gros wird, wie heute der „Moniteur“ amtlich anzeigt, von dem Herren Drouine D. Bellecourt, Sekretär I. Klasse, Vicomte v. Contades, Sekretär II. Klasse, und Graf Victor-Franz, Staatsrath der außerordentlichen Mission begleitet sein. Die „Konstitutionnel“ berichtet, daß der französische Kommissar neben den allgemeinen Forderungen, die er mit Lord Algin gemeinsam stellen wird, auch noch Genußguthung für einige besondere Fälle verlangen, namentlich für die Erwerbung des Herrn Gappere. Nach seiner heute in die betreffenden Höfen abgeordneten telegraphischen Depesche soll die Abwendung der Truppen nach China noch auf einige Tage aufgeschoben sein. Es bleibt aber dabei noch der Baron Gros sich auf der Dampfregate „Andacensis“ in Tonkin einschiffen wird. — Die „Patrie“ läßt sich heute gewiss, ihnen schweren Jrrthum in Betreff der Reise des Prinzen Napoleon zu berichtigen. Sie will jetzt wissen, daß derselbe

mit einer Mission des Kaisers beauftragt sei. Der Prinz ist begleitet von dem Senator und General Grafen de Salles, der ein Kommando in der Krimarmee hatte, von dem Oberstlieutenant Bertrand (Sohn des Marschalls Bertrand) Adjutanten des Prinzen Jérôme, der unter dem Befehl des Prinzen Napoleon die Artillerie der 3. Division der Orientarmee am der Alma und bei Inkermann befehligte; dem Kommandanten Ferey Bisani, Adjutanten des Prinzen und dem Kapitän von Waldner Ordnungsoffizier. Nach der „Patrie“ würde die Abwesenheit des Prinzen etwa 10 bis 12 Tage dauern und er würde sich dann nach Manchester begeben; nach einem andern Gerüchte würde er außer Berlin auch Dresden und München besuchen.

Oesterreich fand das Fest auf dem Stadthaus zu Ehren des Großfürsten Konstantin statt. Der große Saal war in ein Theater umgewandelt worden. Eine glänzende Gesellschaft, ungefähr 120 bis 1400 Personen, war dort versammelt. Die verschiedensten Uniformen waren vertreten. Den schwarzen Frack sah man nur selten, denn die Bürger von Paris, die dem russischen Großfürsten das Fest gaben, hatten keinen Zutritt, mit Ausnahme der obersten Stadtbehörden und des Gemeinderaths. Nach beendeter Theatervorstellung wohnte der Großfürst einem Banket bei, das der Seine-Palais in einem Zirkonale veranstaltet hatte, und zu dem nur 350 Personen Zulass fanden. Die übrige Gesellschaft wurde sich selbst überlassen und ihr zweifache Buffet zum Hinzunehmen freigegeben. Ein ziemlich reichlicher Ton herrschte bei dem ganzen Feste. Der Kaiser war nicht erwartet worden und erschien auch nicht, der Großfürst ließ bei der Theatervorstellung zwischen der Großfürstin Stephanie von Baden und der Prinzessin Mathilde, der Tochter des Prinzen von Nassau seinen Platz halten; er lag sich erst gegen 11 Uhr zurück. — Der Kaiser, die Kaiserin und der Großfürst Konstantin begaben sich heute nach Sevres, wo dort nach dem Palais St. Cloud und dann nach Biellemeville'station, dem Gute des Kaisers, wo ein Dejeuner eingenommen wurde. Der Zug bestand aus sechs Wagen. Nach dem Dejeuner begab sich der Großfürst zu einem Betreten im Schloß von Fontainebleau. — Man bemerkt die auffallende Fremdlichkeit, mit welcher der Großfürst Konstantin den sardinischen Gesandten, Marschall v. Villamarina, behandelt. Er soll ihm u. A. gesagt haben: „Wir können nicht genug dankbar für das sein, was König Victor Emanuel für unsere Mutter gethan, und unsere beiden Familien bilden nurmehr eine.“

Das neue Paul-Bernard-Projekt ist von den Sectionen im Staatsrath angenommen und bildet jetzt unabhängig von dem Gegenstand der Verhandlungen des Ministercabinetts, der sich in den nächsten Monat vollziehen wird, das für die kleinen literarischen Journale von Paris die „vorgängige Ermächtigung“ festsetzt. Das Gesetz wird auch auf die schon bestehenden Journale angewandt werden, und diese müssen nachträglich um die Erlaubnis zum Erhöhen einstimmen. Viele werden unterdrückt werden. — Am nächsten auf die bestehende Thronung wurde mittelft Decrets vom 11. Februar dem Königin für ein Probit von 3 Millionen eröffnet, um zur Renovation aller Wägen (mit Ausnahme der Garde und der Gendarmen, welche besser beschaffen sind) beizutragen. Die Stadt Paris hat um die abgehenden Fonds bemittelt, um diese Erleichterung auch auf das Kupfer der Sappure-Kampiere auszuwirken, welches bis jetzt vergessen war. — Der „Moniteur“ meldet den Tod des Senators Saper. — Die Besetzung des Königs von Siam an den Kaiser und die Kaiserin der Franzosen sind in den nächsten Tagen gefestigt.

— Aus Paris wird dem „Nord“ telegraphirt, daß Lord Cowley, als er dem Großfürsten Konstantin vorgestellt wurde, bemerkt eine Einladung der Königin Victoria überbrachte. In Folge dessen wird der Großfürst auf der Reise von Cherbourg nach Belgien in Oesterreich anhalten, um der Königin einen Besuch zu machen. London würde er dabei nicht verlassen.

Großbritannien.

London, 7. Mai. Die Königin ist mit dem Prinzen und den Kindern heute früh nach Osborne abgereist, und um 2 Uhr wurde in ihrem Namen das Parlament durch die dazu ernannten Bevollmächtigten mit dem kaiserlichen Höflichkeit eröffnet. Der Sprecher war im Unterhaus schon um 1 Uhr anwesend, damit diejenigen Mitglieder, die noch nicht geschworen hatten, heidlich werden könnten. Derselben Umstand und der großen Anzahl neugewählter Vertreter war es wahrscheinlich beizumessen, daß bei der Eröffnungseremonie mehr Mitglieder als sonst gewöhnlich anwesend waren. Um 2 Uhr begab sich der Sprecher nach dem Oberhaus, und der Port-Kanzler verlas im Namen der Königin folgende Thronrede:

„Ihr Lords und Gentlemen! Hier haben der Befehl Sie zu beauftragen, daß Ihre Majestät die frühesten Gelegenheiten, die sich nach der Auflösung des letzten Parlaments bot, ergreifen hat, um sich Ihre Rathes und Beistandes zu bedienen, und Ihre Majestät vertritt, doch Sie in der gegenwärtigen Session für ganz genommen werden, um verschiedene wichtige Angelegenheiten, deren einige schon Anfang diesen Jahres die Aufmerksamkeit des Parlamentes in Anspruch genommen hatten, in befriedigender Weise zu behandeln.“

Ihre Majestät befehlt auch Sie in Kenntniß zu setzen, daß die Lage der Dinge in Europa im Allgemeinen ein wohlgegründetes Vertrauen auf die Fortdauer des Friedens einflößt. Alle Hauptbestimmungen des Pariser Vertrages sind in Ausführung gebracht worden, und es steht zu hoffen, daß noch in Bezug auf diese Angelegenheit noch zu thun übrig bleibt, daß vollzogen sein wird. Die Unterhandlungen bezüglich der Grenzfrage, die sich wegen der Angelegenheiten in Renburg zwischen dem König von Preußen und dem scheinbar dort erhoben haben, sind durch Ihre Majestät eingeleitet und werden, wie Sie erwarten, durch eine für alle Theilhaber günstigen und zufriedenstellenden Ausdeutung beendet werden. Ihre Unterhandlungen, in welchen J. R. wegen der Angelegenheiten der Central-Amerika mit der Regierung der Vereinigten Staaten und der von Honduras seit einiger Zeit begriffen ist, sind noch nicht zum Abschluß gekommen.

J. R. befehlt auch, Ihnen anzudeuten, daß ein Friedensvertrag zwischen Ihrer Majestät und dem Schah von Persien in Berlin am 4. März durch J. R. Gesandten in Paris und durch den Bevollmächtigten des Schahs unterzeichnet worden ist und daß dieser Vertrag zum Aufhebung Ihrer Majestät, sogleich nach der gehörigen Ratifizierung der Ratifikationen vorgelegt werden wird. Ihre Majestät befehlt auch Ihnen Ihr Schatzkanzler anzuvertrauen, daß die Ereignisse, die zwischen dem Oberminister in China und dem Kaiser von China sich ereigneten, durch Ihre Majestät nicht beirret waren. Herr J. R. hat nach China einen Bevollmächtigten entsandt, der volle Vollmacht zur Schlichtung aller Streitigkeiten hat, und dieser Bevollmächtigte wird für den Fall, daß eine Unterhandlung im notwendigem werden sollte, eine ausreichende Sand- und Geldmacht zu seiner Verfügung haben. Wir haben den Befehl Ihnen in setzen, daß J. R. in Verbindung mit mehreren andern europäischen Mächten einen Vertrag mit dem König von Dänemark zur Abwendung der Bundeskriege geschlossen hat,